

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد / بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم / از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

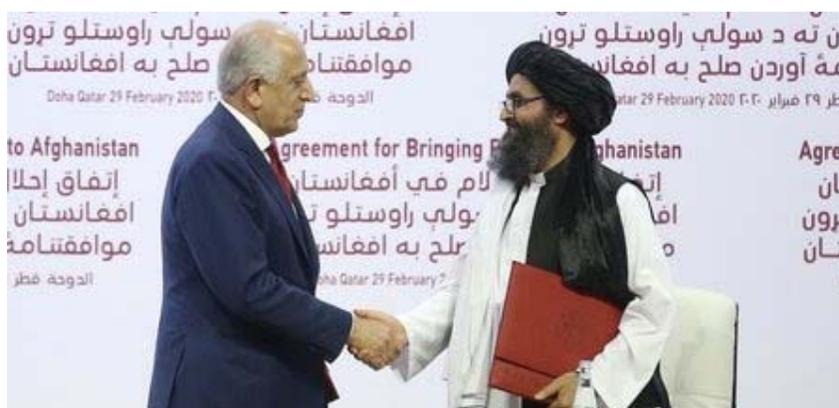
زبانهای اروپایی

Von Martin Baraki

26.10.2020

USA UND AFGHANISTAN

Für Donald Trump war das US-Abkommen mit den Taliban ein wichtiger außenpolitischer Erfolg im Wahlkampf. Ein Rückblick auf den strategischen Hintergrund der Vereinbarung



Fatih Aktas / Anadolu Agency / picture alliance / AA

Hier war die Freude noch groß, doch kurz darauf gab es in Afghanistan wieder Kämpfe. US-Sonderbeauftragter Zalmay Khalilzad (l.) und Taliban-Vertreter Mullah Abdul Ghani Baradar bei der Unterzeichnung des Friedensabkommens (Doha, 29.2.2020)

Nach mehr als einer Dekade geheimer und offizieller Verhandlungen einigten sich am 29. Februar 2020 die Vereinigten Staaten und die Taliban in Doha, der Hauptstadt des Golfemirats Katar, auf ein »Agreement for Bringing Peace to Afghanistan« (Übereinkunft, Frieden nach Afghanistan zu bringen). In diesem Zusammenhang gaben die US- und die afghanische Regierung am selben Tag eine gemeinsame Erklärung ab: Es handele sich noch nicht um ein umfassendes Friedensabkommen, sondern lediglich um eine Art »Türöffner« zum Einstieg in innerafghanische Verhandlungen. Damit ist ein erster Schritt hin zu einem möglichen Frieden in Afghanistan getan. Der Weg dahin wird allerdings lang und steinig sein.

Schon als Barack Obama 2008 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden war, hatten die Taliban ihre Bereitschaft signalisiert, den Konflikt am Hindukusch politisch lösen

zu wollen. Doch seine Ankündigung, das CIA-Lager Guantanamo auf Kuba zu schließen und aus diesem Grund ab sofort keine Gefangenen mehr zu machen, hatte nur zur Folge, dass auch moderate und verhandlungsbereite Taliban nun per Drohneneinsatz getötet wurden.

Freie, demokratische und streng kontrollierte Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung (eine »Loja Dschirga«) wären die Rettung für das leiderprobte afghanische Volk – die einzige Alternative: ein Volksaufstand. Will man aber das Abkommen zwischen der US-Administration und den Taliban in seiner Bedeutung einordnen, fällt einem die Redewendung des römischen Dichters Horaz ein: »Der Berg kreite und gebar eine Maus.« Das Dokument wurde von Mullah Abdul Ghani Baradar, dem Leiter der Taliban-Delegation, und dem US-Sonderbeauftragten Zalmay Khalilzad, einem gebürtigen Afghanen, unterzeichnet. US-Präsident Donald Trump, der die Taliban »große Kämpfer« nannte, schickte seinen Außenminister Michael »Mike« Pompeo zur Unterzeichnungszeremonie. Der Taliban-Verhandlungsführer Abbas Stanikzai hob danach stolz hervor: »Es gibt keinen Zweifel daran, dass wir den Krieg gewonnen haben.«¹ Die islamistischen Taliban-Kämpfer sehen sich als die einzige dschihadistische Bewegung, die es bisher geschafft hat, der Supermacht die Stirn zu bieten und sie zum Rückzug zu zwingen.

Als Hauptuntersttzer der Taliban gilt Pakistan. Daher ist auch der künftige Erfolg des Abkommens davon abhängig, wie sich die Verhältnisse zwischen den Regierungen in Islamabad und Kabul gestalten. Pompeo hat im Vorfeld der letzten Runde der Verhandlungen »viel Aufwand betrieben, um die pakistanische Führung für das Abkommen zu gewinnen. Ihre Unterstützung ist jedoch weiterhin fraglich.«²

Nach 19 Jahren Krieg, 1.968 toten US-amerikanischen Soldaten³ und zwei Billionen US-Dollar, die Washington im Krieg gegen Afghanistan verpulvert hat, haben die US-Amerikaner »sich nach Jahren voller Misserfolge dazu verpflichtet, ihre Truppen aus dem Staat abzuziehen. Angesichts ihrer vollmundigen Ankündigungen im Jahre 2001 kommt dies einer Flucht gleich. Die USA erlebten in Afghanistan ein Minivietnam.«⁴

Die Taliban kämpfen weiter

Die Tinte auf dem Papier war noch nicht trocken, als sich am 1. März prompt der afghanische Präsident Ashraf Ghani zu Wort meldete und eine wichtige Komponente der Vereinbarung ablehnte, derzufolge bis zum 10. März 5.000 gefangene Taliban-Kämpfer freigelassen werden sollten. Es gebe dazu »keine Verpflichtung«, betonte Ghani. »Die Vereinigten Staaten vermittelten. Vermitteln heißt nicht, Entscheidungen zu treffen.«⁵ Die Taliban-Gefangenen sind ein wichtiges strategisches Faustpfand für die Kabuler Administration bei innerafghanischen Verhandlungen. Die Entscheidung über die Freilassung der Taliban-Kämpfer stehe entsprechend nicht den USA, sondern seiner Regierung zu, hob Ghani hervor. Im Gegenzug müssten 1.000 gefangengenommene Regierungskmpfer freigelassen werden.

Als Reaktion auf Ghanis Äußerung kündigte Sabihullah Mudschahid, ein Taliban-Sprecher, an, dass die Kampfhandlungen bis zu einer innerafghanischen Einigung fortgeführt würden. In der Folge wurden durch zwei Anschläge der Taliban in Nordafghanistan mindestens 20 Sicherheitskräfte getötet, 16 Mitglieder der nationalen Sicherheitskräfte kamen bei einem Angriff auf die Militärbasis in der Stadt Kundus ums Leben. Bei einem weiteren wurden nach Angaben der dpa vom 4. März vier Polizisten getötet und einer verletzt. »Die Taliban wollen jetzt noch einmal militärische Stärke demonstrieren«, stellte der deutsche Kommandeur für Nordafghanistan, Brigadegeneral Jürgen Brtz, fest.⁶ Sie wollten die Kabuler Administration in die Knie zwingen.

Die US-Armee nahm die Anschläge zum Anlass, unmittelbar am 4. März einen Luftangriff gegen die Taliban-Kämpfer zu fliegen. Im Bezirk Nahr-e Saradsch in der sdafghanischen

Provinz Helmand, einer Hochburg der Taliban, bombardierte die US-Luftwaffe ihre Stellungen, wie der US-Militärsprecher Sonny Leggett am selben Tag auf Twitter mitteilte.

Nach Angaben der nationalen Sicherheitsbehörde in Kabul haben die Taliban bis zum 26. April 2020 insgesamt 2.804 Operationen durchgeführt. Daraufhin lenkte Ghani ein und bot die Freilassung von 1.500 Taliban-Kämpfern an. Aber dies wurde von den Taliban umgehend zurückgewiesen, ihr politischer Sprecher Suhail Schahin betonte, dass »5.000 Gefangene als vertrauensbildende Maßnahme freigelassen werden sollten, und das (...) vor innerafghanischen Gesprächen«. ⁷ Die Taliban bestehen also darauf, dass gemäß dem Abkommen mit den USA noch vor Beginn der innerafghanischen Verhandlungen die Gefangenen auf freien Fuß gesetzt werden müssen, besonders fünfzehn namentlich genannte Funktionsträger – ansonsten werde es keine Verhandlungen mit der Kabuler Administration geben. Bis Mitte April haben die Taliban insgesamt nur 60 Gefangene, die Regierung im Gegenzug bis Anfang Mai erst 850 Gefangene freigelassen.

Trumps Strategie

Man ist geneigt zu fragen, ob denn nun alles umsonst gewesen ist. Der US-Vertreter und die Taliban haben zwölf Jahre lang im geheimen und zwei Jahre lang offiziell Gespräche geführt, um Bedingungen für eine politische Lösung des längsten Krieges der US-Geschichte auszuhandeln. Trump möchte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: zum einen sein Wahlversprechen, die US-Einheiten aus Afghanistan abzuziehen, realisieren, um damit im laufenden Präsidentschaftswahlkampf zu punkten. Zum anderen will er die Taliban in die kolonialähnlichen Strukturen am Hindukusch integrieren und durch Vergabe von ein paar Posten neutralisieren.

Trump bemängelt, dass in dem seit Ende 2001 währenden Krieg hohe Kosten für die US-Truppen, für den amerikanischen Steuerzahler und für das afghanische Volk verursacht worden seien. Der Krieg hat nach offiziellen Angaben in seinen Hochphasen (2002 bis 2014) jede Woche 1,5 Milliarden US-Dollar verschlungen. Bereits im Wahlkampf 2016 versprach Trump den US-Amerikanern, die Truppen nach Hause zu bringen und zu versuchen, den Krieg zu beenden. Kann man dem launischen US-Präsidenten glauben? Würden es die US-Strategen zulassen, die Truppen aus Afghanistan abzuziehen, zumal NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf der letzten Tagung der Verteidigungsminister am 14. Februar die Volksrepublik China als Gegner – im Kommuniqué diplomatisch als »Herausforderung« für den Westen umschrieben – eingestuft hat? Afghanistan hat im Norden eine gemeinsame Grenze mit China – genau dort befindet sich ein NATO-Stützpunkt. Das Land am Hindukusch ist damit eine wichtige Basis in der geopolitischen Auseinandersetzung mit China. Nicht erst Trump, schon Barack Obama hatte den Abzug der US-Armee versprochen, reduzierte dann aber lediglich die Kampftruppen und griff bevorzugt auf nationale Hilfstruppen zurück. Seitdem kämpfen überwiegend Afghanen gegen Afghanen.

Das Abkommen von Doha ist also lediglich ein »Deal der Versprechungen«, auf dessen Grundlage noch weitere Maßnahmen verhandelt werden sollen. »Wir stehen erst am Anfang«, sagte Pompeo. ⁸ Die beabsichtigten innerafghanischen Friedensverhandlungen, sollte es überhaupt zu ihnen kommen, erforderten »harte Arbeit und Opfer von allen Seiten«, bemerkte er. Nach der Umsetzung des Abkommens würden die ausländischen Truppen bis Ende April 2021 vollständig abgezogen werden. »Sollten schlimme Dinge passieren, werden wir zurückkehren«, drohte jedoch der US-Präsident. Die USA könnten den Krieg in Afghanistan gewinnen, dazu müssten sie aber »eine Million Leute töten«.

Unsicherheiten des Abkommens

Die Kernforderung der Taliban wäre erfüllt, wenn der Abzug der ausländischen Invasoren tatsächlich erfolgen würde. Taliban-Chef Hibatullah Achundsada nannte das Abkommen einen »großen Sieg« seiner Bewegung. Er meinte, dass das Abkommen »zum Ende der Besatzung« Afghanistans führen werde. Die Taliban verpflichten sich im Gegenzug unter anderem dazu, dass von Afghanistan keine Terrorbedrohung gegen die USA und ihre Verbündeten mehr ausgehe. Das ist nichts anderes als ein Alibiargument, denn von Afghanistan selbst ist nie eine Terrorgefahr für die USA und ihre Verbündeten ausgegangen.

Ein weiterer Bestandteil des Abkommens ist die Festlegung, dass die Taliban Verhandlungen mit der Kabuler Administration führen sollen – das wären die eigentlichen Friedensgespräche. Zuvor hatten sie sich geweigert, direkt mit der Kabuler Führung zu verhandeln, weil sie die Regierung für eine Marionette der USA halten. Die Unterredungen sollen der Vereinbarung zufolge zu einem dauerhaften Waffenstillstand und einem politischen Fahrplan für die Zukunft Afghanistans führen. In dem Fall besteht die Möglichkeit, dass sich die Taliban erneut spalten. Ein aus solch einer Spaltung hervorgehender Teil der Taliban würde sich wohl dem auch in Afghanistan operierenden »Islamischen Staat« (IS) anschließen und zu dessen Stärkung beitragen. Das Land am Hindukusch käme vom Regen in die Traufe.

Der Plan war – so sicherte es Washington zu –, die Zahl der US-Soldaten binnen 135 Tagen von rund 13.000 auf 8.600 zu verringern. Die Stärke der anderen ausländischen Truppen soll proportional sinken. Nur fünf von sechzehn großen und zwölf kleinere US-Militärbasen müssten in diesem Zeitraum geschlossen werden. Hielte das Abkommen, würden innerhalb von 14 Monaten – also bis Ende April 2021 – alle fremden Truppen abziehen. In der gemeinsamen Erklärung Washingtons und Kabuls vom 28. Februar heißt es dazu einschränkend, ein Abzug erfolge »gemäß der gemeinsamen Einschätzung und Entscheidung der USA und Afghanistans« sowie »in Abhängigkeit von der Erfüllung ihrer im Abkommen mit den USA übernommenen Verpflichtungen durch die Taliban«. In einer Erläuterung des U. S. State Departments zu dem Doha-Abkommen wird hervorgehoben, der Abzug der US-Truppen sei »conditions based« (auf Bedingungen basierend) und werde »davon abhängen, wie gut die Taliban sich an ihre Verpflichtungen halten« (vgl. [junge Welt vom 2.3.2020](#)).

Beurteilt wurden die Erklärungen noch von keiner internationalen Instanz, sondern ausschließlich von der US-Administration in Absprache mit der Kabuler Führung. Es wäre ein Wunder, wenn Trump wirklich die Absicht hätte, seine Truppen aus dem längsten Krieg in der Geschichte der Vereinigten Staaten herauszuholen. Denn es ist eher wahrscheinlich, dass er nach dem Motto von BRD-Altkanzler Konrad Adenauer handeln wird: »Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.« Falls er am 3. November für eine zweite Amtszeit gewählt werden sollte, könnte er schon wieder ganz anders über einen Abzug des Militärs entscheiden. Berufen könnte er sich dabei auf das 2012 abgeschlossene »Strategic Partnership Agreement«, das den USA erlaubt, bis 2024 Truppen in Afghanistan zu stationieren. Darüber hinaus gibt es ein geheimes Abkommen von 2002 zwischen der Kabuler Administration unter Hamid Karsai und den USA, wonach die US-Einheiten für 99 Jahre in Afghanistan bleiben dürfen. Es gibt also viele Unwägbarkeiten, wodurch die ganze Geschichte ad absurdum geführt werden könnte.

Am Tag des IS-Anschlags vom 6. März dieses Jahres in der afghanischen Hauptstadt Kabul, bei dem mehr als 30 Menschen ums Leben kamen, wurde Trump darauf angesprochen, wie die USA künftig für die Sicherheit Afghanistans sorgen wollten. Fürchte er nach dem geplanten Abzug nicht eine Machtübernahme der Taliban? »Irgendwann müssen Länder für sich selber sorgen«, antwortete Trump einem Reporter im Weißen Haus. »Irgendwann

werden sie sich selber schützen müssen.« Die US-Soldaten seien inzwischen seit fast zwei Jahrzehnten in Afghanistan im Einsatz. Es wurden rund 2.000 US-Soldaten getötet und mehr als 20.000 verletzt. »Wir können nicht die nächsten 20 Jahre dort sein.«⁹ Ergänzend stellte Khalilzad Anfang März fest, dass die USA niemanden um Erlaubnis gebeten hätten, als sie nach Afghanistan einmarschierten. Sie würden dies auch nicht tun, wenn sie abziehen wollten.

Angespannte innere Lage

Ghani war Mitte Februar, fünf Monate nach der von Betrugsvorwürfen überschatteten Präsidentenwahl, zum Wahlsieger erklärt worden. Sein unterlegener Kontrahent, Regierungschef Abdullah Abdullah, erkannte das Wahlergebnis nicht an und rief eine Gegenregierung aus. Der Streit der Rivalen nährte die Angst vor einer abermaligen politischen Krise in Afghanistan. Schon bei der vorangegangenen Präsidentenwahl vor fünf Jahren hatten sich sowohl Ghani als auch Abdullah zum Sieger erklärt. Erst durch Vermittlung des damaligen US-amerikanischen Außenministers John Kerry, der die Kontrahenten in der Kabuler US-Botschaft eingesperrt hatte, einigten sich die beiden auf einen Kompromiss: Ghani wurde Staats- und Abdullah Regierungschef, obwohl der Posten eines Regierungschefs in der afghanischen Verfassung eigentlich nicht vorgesehen ist. Diesmal haben sich nach langer Wartezeit die politischen Rivalen Ghani und Abdullah am 9. März in getrennten Zeremonien jeweils zum Präsidenten Afghanistans erklärt. Der US-Sondergesandte Khalilzad nahm nur an der Vereidigung Ghanis teil, womit die US-Administration ihre Unterstützung für ihn im Machtkampf gegen Abdullah signalisierte.

Der Streit erreichte schnell eine neue Stufe. Ghani setzte Abdullah am 11. März in seiner Rolle als Regierungsgeschäftsführer ab. Das Büro des Regierungsgeschäftsführers existiere nicht mehr in der Struktur der afghanischen Regierung, sagte Ghanis Sprecher Sediq Sediqqi auf einer Pressekonferenz am selben Tag. Abdullah erklärte daraufhin auf seiner offiziellen Facebook-Seite, dass umgekehrt Ghani nicht länger Präsident sei und seine Dekrete keine Gültigkeit mehr hätten. »Wir fordern zivile und militärische Mitarbeiter der früheren Regierung auf, ihre täglichen Aufgaben und Verantwortungen wie früher fortzusetzen«, schrieb Abdullah.

Nur unter starkem Druck der USA einigten sich Ghani und Abdullah schließlich am 17. Mai, das Land künftig gemeinsam zu regieren. Für die Taliban ändert das nichts daran, dass sie aus der zwischen den beiden Kontrahenten ausgetragenen Auseinandersetzung für die beabsichtigten innerafghanischen Gespräche, mit denen eine politische Lösung des Konflikts erreicht werden soll, einen strategischen Pluspunkt für sich verbuchen können. Über einen so zerstrittenen Haufen können sie sich nur freuen. Den Verhandlungen mit einer derartigen Kabuler Administration können die Taliban entspannt entgegensehen.¹⁰

Die USA sehen in der Unfähigkeit Ghanis und Abdullahs zur Zusammenarbeit eine Bedrohung ihrer Interessen am Hindukusch. Pompeo war am 23. März nach Kabul gereist, zeigte sich aber nach seinen Gesprächen mit den beiden »Präsidenten« so verärgert, dass die USA ihre Finanzhilfe um eine Milliarde US-Dollar kürzen wollten. Die US-Administration sei auch zu weiteren Einschnitten bereit, so Pompeo. Ghani und sein Kontrahent Abdullah sollten sich »am Riemen reißen«, dann würden die Einschnitte möglicherweise nicht nötig sein, drohte Pompeo vor seiner Abreise.¹¹ Die US-Administration befürchtet, dass der eingeleitete Friedensprozess am Hindukusch dadurch scheitern könne.

Innerafghanischer Dialog

Mit einem geschickten Schachzug übertrug Ghani die Verantwortung in der Gefangenenfrage an die Repräsentanten der afghanischen Völkerschaften. Er berief am 7. August die

traditionelle Ratsversammlung, die Loja Dschirga ein. Wie erwartet, sprachen sich fast alle 3.400 Delegierten für die Freilassung der noch in Haft befindlichen Taliban-Kämpfer aus. Mit der Zustimmung der Loja Dschirga wurde der Weg frei für die sehnstlich erwarteten innerafghanischen Friedensverhandlungen. Binnen einer Woche seien sie bereit für einen Dialog, verkündete der Sprecher des politischen Büros der Taliban, Schahin.¹² Am 12. August trafen die Abordnungen der Taliban und der afghanischen Administration in Katars Hauptstadt Doha ein.

In den Medien wird fälschlicherweise von Verhandlungen der Taliban mit der afghanischen Regierung gesprochen. Da die Taliban die Regierung in Kabul jedoch nicht offiziell anerkennen, besteht die Delegation aus Kabul nicht aus Regierungsmitgliedern, sondern aus Parlamentariern, der Entourage der Warlords, der sogenannten Zivilgesellschaft usw. Den Vorsitz hat Präsident Ghani seinem Rivalen Abdullah übertragen. Sollten die als gefährlich eingestuften Taliban nach ihrer Freilassung wieder in den Dschihad ziehen, wird man die Loja Dschirga als dafür verantwortlich benennen. Und im Falle eines Fehlschlags der Verhandlungen mit den Taliban wird Abdullah als gescheiterer Politiker diskreditiert sein.

Die Forderung nach einer Waffenruhe lehnten die Taliban umgehend ab. Sie bekräftigten ihre Forderung, zunächst über die eigentlichen Gründe des Krieges gegen Afghanistan zu sprechen. Danach könne man eine Waffenruhe in Erwägung ziehen. Als wichtigstes Ziel nannte der Sprecher ihrer Delegation, Mohammed Naim Wardag, »die Beendigung der ›Besatzung‹ Afghanistans und die Errichtung eines ›wahren islamischen Systems‹«¹³ am Hindukusch. Da bereits die Verhandlungen zwischen den Taliban und den USA mehr als eine Dekade lang andauerten, kann man davon ausgehen, dass auch die innerafghanischen Gespräche eine Sisyphusarbeit sein dürften.

Alles nur Wahltaktik?

Während US-Verteidigungsminister Mark Esper am 8. August gegenüber Fox News von einer Reduzierung der US-Armee von derzeit 8.600 Soldaten auf 5.000 bis Ende November sprach, kündigte US-Präsident Donald Trump am 7. Oktober an, alle US-Soldaten bis Weihnachten vom Hindukusch abzuziehen. In dem Abkommen vom Februar war von einem vollständigen Abzug dagegen erst im Jahre 2021 die Rede. Ob daher die Ankündigung wieder eine seiner zahlreichen Lügen – beziehungsweise »Fake News« – oder seine Wahltaktik ist, wird die Zukunft zeigen.

Die Taliban haben es jedenfalls mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Am 8. Oktober begrüßte der Taliban-Sprecher Mudschahid Trumps Erklärung »als positiven Schritt für die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen den USA und den Taliban. Die Taliban fühlten sich dem Abkommen verpflichtet und hofften auf Beziehungen zu allen Staaten, einschließlich den USA.« Abdullah, der als Vorsitzender des Hohen Rates für Versöhnung und als Delegationsleiter bei den Verhandlungen in Doha fungiert, sagte dagegen ernüchtert: »Es wird ein bisschen dauern, bis wir das verdaut haben.« Würde es tatsächlich zu einem vollständigen Abzug der US-Einheiten kommen, könnte es sein, dass die Taliban durch ihre militärische Stärke motiviert werden, die Regierung in Kabul zu stürzen. Das wäre die nächste Runde eines innerafghanischen Krieges.

Anmerkungen

1 Zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.3.2020

2 Rainer L. Glatz/Markus Kaim: Mandat verlängern – Abzug vorbereiten, in: SWP-Aktuell, Berlin, Nr. 18 März 2020, S. 2

3 Die Bundesrepublik Deutschland hat insgesamt 58 Tote und mehr als 100 Verletzte zu beklagen. Etwa 90.000 Soldaten der Bundeswehr wurden seit Januar 2002 am Hindukusch eingesetzt. 2014 waren es fast 5.000 Soldaten, heute befinden sich noch 1.234 dort. Der Einsatz hat bis jetzt über sechs Milliarden Euro gekostet. Vgl. FAZ, 12.3.2020

4 Moskowskij Komsomolez, 2.3.2020

5 Zitiert nach FAZ, 2.3.2020

6 Zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 16.4.2020

7 AFP, 11.3.2020

8 Die folgenden Zitate sind zitiert nach FAZ, 2.3.2020

9 dpa, 6.3.2020

10 Vgl. Tobias Matern: Alles läuft für die Taliban, in: Tagesanzeiger, Zürich, 2.3.2020

11 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 25.3.2020

12 Vgl. SZ, 12.8.2020

13 Die restlichen Zitate nach FAZ, 18.9.2020